

Volks-Zeitung

erschienen täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich oder M. 1.30 monatlich...

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-8, Frankf. Allee 288, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 127, Schöneberg, Allee 124, Schönebergstr. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 133, Badstr. 61, Königstr. 66-67, Rosenthal, Str. 45, Rathenow, S. 1. 3, Jurnstr. 61, Potsd. Str. 22, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 63, Blücherstr. 69, Charlottenb., Tannenbergstr. 2, Kantstr. 24, Solarstr. 23, Nollstr. 23-26, Friedmann, Rheinstr. 19, Hainense-Grünwald, Heintzenplatz, Lichtenberg, Frankf. Allee 241, Lichtenfelde-West, Carlstr. 1-2, Neukölln, Berliner Str. 41, Hermannstr. 65-66, Pankow, Bernauer Str. 1, Schmöckendorf, Breite Str. 12, Schöneberg, Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz, Albrechtstr. 129, Tegel, Berliner Str. 121, Tempelhofer, Berliner Str. 147, Wilmersdorf, Uhlandstr. 26, Brandenburg, Hauptstr. 4, Frankfurt a. O., Regierungsstr. 44, Potsdam, Brandenburg, Str. 23, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Paradeplatz 8, Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Für Vaterland und Freiheit.

Vor der Entscheidung.

Der Tag der Entscheidung steht unmittelbar bevor. Ueber seine Bedeutung muß sich jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau im klaren sein.

Die Deutsche demokratische Partei darf von sich behaupten, daß sie mit einem klaren und ehrlichen Programm vor die Wähler getreten ist.

Wir hoffen es! Es ist unsere feste Überzeugung, daß nur die Politik der Deutschen demokratischen Partei über Vaterland zu ruhigem Wiederaufbau führen kann.

Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem Boden der Republik. Sie will sie schützen gegenüber allen Versuchen, die gestützten Gewalten wieder herzustellen.

Die Deutsche demokratische Partei steht treu zum deutschen Vaterlande. Wie sie in den letzten Wochen den polnischen Annahmungen scharf gegenübergetreten ist, das deutsche Recht an Elsaß-Lothringen mannhaltig vertreten, die österreichischen Deutschen herzlich im neuen Reich begrüßt hat, so wird sie auch in Zukunft immer der sein, wo es die Ehre und die Würde der deutschen Nation zu wahren gilt.

Die deutsche Nationalversammlung wird die deutsche Verfassung, sie wird den Frieden beschützen, Aufgaben, über deren Bedeutung auch nur noch ein Wort zu verlieren, lächerlich anmuten würde.

Die Entscheidung ruht in der Hand der Wähler, in der Entscheidung aller deutschen Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren.

Das Wahlrecht der Soldaten.

Allerlei Fragen.

Ueber die Wahlmöglichkeit der Soldaten und über die Wahl bei Veränderung des Wohnortes innerhalb der Wahlzeit herrscht noch vielfach Unklarheiten.

Das „Reichsgesetzblatt“, Jahrgang 1918, Nr. 167, sagt in § 3: Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen.

Im § 9 ist bestimmt: Ueber die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar oder Februar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine besondere Verordnung.

Am 14. Januar 1919 ist dann folgende Ergänzung festgesetzt worden: Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar 1919 zur Bewachung von Wahlräumen kommandiert sind, sind berechtigt, das Wahlrecht in den Wahlräumen zu deren Bewachung zu verwenden.

Das Wahlrecht kann von ihnen auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompanieführers ausgestellt wird.

Ueber die Wahl bei Veränderung des Wohnortes innerhalb der Wahlzeit bestimmt die Wahlordnung für die Wahlen zur Nationalversammlung vom 30. November 1918 in § 6 folgendes:

Nach dem Ablauf der Ausgehfrist können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Gelebigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz nach einem anderen Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Wahlbezirktes auf Grund einer Hierüber von der Gemeindebehörde auszustellenden Bescheinigung in dem Wahlbezirk seines neuen Wohnortes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß jeder Wähler, auf den diese Bestimmungen Anwendung finden, sich rechtzeitig mit ihrem Inhalt vertraut macht, denn es kommt auf jeden Mann an.

Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei in Groß-Berlin sind:

Für Stadt Berlin:

- 1. Dr. Friedrich Kautmann.
2. Arbeitersekretär Gustav Hartmann.
3. Dr. Marie Elisabeth Widors.
4. Dr. Otto Frensel.
5. Lehrer Albert Vorchardt.
6. Justizrat Dr. Marwitz.
7. Handlungsgehilfe Hugo Sommer.
8. Obermeister Rettig.
9. Anna Schulze.
10. Dr. Apt.
11. Frau Anita Runge.
12. Stadtrat Wöhring.
13. Assistent Max Radfen.
14. Stadtvordereiter Hildebrandt.

Für Zeltow-Beetzow, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilhelmsdorf:

- 1. Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg, Berlin-Grünwald.
2. Hauptgeschäftsführer Otto Ruchsch, Berlin-Steglitz.
3. Frau Emil Heuß-Knapp, Schöneberg.
4. Privatangestellter E. Rich, Schöneberg, Berlin-Steglitz.
5. Gemeindevorsteher Gustav Rößig, Königswusterhausen.
6. Lokomotivführer Ernst Gröndel, Charlottenburg.
7. Buchdrucker Max Röß, Neukölln.
8. Frau Regine Deutsch, Berlin-Wilmersdorf.
9. Stadtvordereiter, Reichst. Karl Wenzel, Charlottenburg.

Für Niederbarnim:

(Wahlkreise Potsdam 1-9)

- 1. Dr. Hermann Pachtke, Schriftsteller.
2. Ernst Kemners, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.
3. Richard Wöhring, Landwirt, Reichhof bei Prignitz.
4. Fr. Gise Fisch, Telegraphenbeamtin, Brandenburg (Havel).
5. Hermann Steinweg, Malermeister, Prenzlau (R.-M.).
6. Karl Kennes, Justizrat, Potsdam, Am Kanal 57.
7. Gustav Erdmannsdorfer, Schriftsteller, Charlottenburg.
8. Erich Jacobitz, Privatangestellter, Frohnau (Mark).
9. Dr. Max Andler, Bauerngutbesitzer, Frieelow.
10. Georg Graf, Diplom-Ingenieur, Pantow.

Jeder Stimmzettel, der auch nur einen Namen aus einer anderen Liste enthält, ist ungültig.

Die Wahlbewegung im Reich.

München, 17. Januar. (Privat.)

Mit welchen Mitteln das Zentrum bei den Wählern arbeitet, dafür hier ein charakteristisches Beispiel: In dem idyllisch gelegenen Orte Lautrach bei Memmingen befindet sich eine Anstalt für geistig Zurückgebliebene, die von Franziskanerinnen geleitet wird.

Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen Groß-Öhringens beschloffen eine Verbindung ihrer Listen.

Die Wahl zur Nationalversammlung durch einen Generalstreik zu verhindern, beabsichtigt die allseitig rechtliche Zustimmung in Magdeburg hin und wieder allseitig verändernde Spartakusleute.

Die Reaktionen können anscheinend nur noch hoffen, auf dem Wege der Wahlwindmühle „Deutsche Volkspartei“ behauptet, daß auch von Vertretern der demokratischen Parteien gefordert würde: „Anstellung auf kurzfristige Kündigung, Auswahl der Beamten nach ihrer politischen Gesinnung.“

Gundertausende von Beamten in ihren Reihen, die Kandidaten der Partei an ersten Stellen ihrer Listen bürgen dafür! Kein Beamter wird auf solch niederträchtigen Wahlschwindel hineingefallen.

Der Fall Liebknecht-Luxemburg vor den Soldatenräten.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung im Abgeordnetenhaus gedachte der Vorsitzende Richnow des tragischen Endes von Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Brutus Mollenhuth gab dann den Bericht des Vollzugsrats über die Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber Roske über die in der letzten Sitzung angeschnittenen Fragen der Berliner Sicherheitstruppen.

Die Entwaffnung der Berliner Bevölkerung

soll reiflos erfolgen und sich auch auf die Offiziere erstrecken, die nicht im Dienst der Regierungstruppen stehen. Die von einzelnen Soldaten bei der Entwaffnung begangenen Verbrechen sollen künftig dadurch vermieden werden, daß die Durchsuchung von Wohnungen nur durch mit Ausweisen versehenen Personen vorgenommen werden darf.

Der frühere Adjutant bei der Berliner Kommandantur Fischer entschuldigte dann die Abwesenheit des Volksbeauftragten Roske.

Dringende Aufgabe als Pflicht

zu erfüllen. Wenn die reiflose Durchführung der Entwaffnung von den revolutionären Arbeiter ergehen, so sollten ihre Waffen verstreut, wie das bereits geschehen ist.

Der frühere Adjutant bei der Berliner Kommandantur Fischer entschuldigte dann die Abwesenheit des Volksbeauftragten Roske.

Loth (M. S.) vom Zentralrat der Marine verlas die Aussage eines nicht genannten Soldaten, der als Augenzeuge beobachtet haben will, daß

bei der Ermordung Rosa Luxemburgs gar keine Zivilisten beteiligt waren, sondern daß Rosa Luxemburg von einem Soldaten mit dem Gewehr niedergeschlagen und dann von einem anderen Soldaten, „wahrscheinlich einem Chargierten“ erschossen worden sei.

Prolat vom Vollzugsrat bedauert, daß Loth nur auf die obersten Vorgänge, nicht aber auf die Vorgänge der Spartacus-Woche eingegangen sei.

Prolat vom Vollzugsrat bedauert, daß Loth nur auf die obersten Vorgänge, nicht aber auf die Vorgänge der Spartacus-Woche eingegangen sei.

einen Zwischenfall

unterbrochen. Der Vorsitzende erklärte, ihm sei soeben mitgeteilt worden, daß Leute vom Regiment Reinhard mit einem Kapitän gegen das Vorstandsmitglied Wich im Anzuge seien.

Nach langer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Nach langer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Wahlen die auswärtigen Truppen von Berlin zurückgezogen und die freiwilligen „Wehren“ entlassen und aufgelöst werden.

Weiter wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der die sofortige Freilassung der ohne gültigen Haftbefehl verhafteten Soldatenratsmitglieder verlangt.

Es wurde mitgeteilt, daß sieben Mitglieder des Soldatenrats vom Augusta-Regiment durch Regierungsstruppen verhaftet worden seien. Vom Kriegsministerium ging dazu die Nachricht ein, es sei weder von Oberst Reinhard, noch von seinem Stab die Verhaftung von Soldatenräten befohlen worden.

Die Neuwahlen der Arbeitermitglieder für den Volksgenerat für Groß-Berlin ergaben folgendes Resultat: 346 Stimmen auf die Liste der Mehrheitssozialdemokraten, 246 Stimmen auf die Liste der Unabhängigen 331 Stimmen und auf die Liste der Demokraten 117 Stimmen.

Gewählt sind somit 7 Mehrheitssozialdemokraten, 7 Unabhängige und 2 Demokraten.

### Die Schuldfrage.

Berlin, 17. Januar. (W. Z. B.)

Im in Sachen des Todes Karl Liebknechts die Schuldfrage zu klären, ist vom Gerichtsherrn der Kriegsgeschichte Kurze bestimmt worden. Der Fall der Frau Rosa Luxemburg soll im Interesse der Beschleunigung von einem anderen Kriegsgeschichtsrat behandelt werden. Die Reichsregierung hat angeregt, daß in beiden Fällen der Volksgenerat wie der Zentralrat je ein Mitglied damit betrauen sollen, an der Untersuchung mitzuwirken, und zwar hat sie dem Volksgenerat empfohlen, für diese Aufgabe nach Möglichkeit ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie zu bestimmen.

Daraufhin hat der Zentralrat für die Untersuchung im Falle des Karl Liebknecht sein Mitglied Hermann Müller, der Volksgenerat sein Mitglied Wegmann delegiert. Für die Untersuchung im Falle der Frau Luxemburg sollen die Vertrauensleute noch bestimmt werden.

### Eine Erklärung der Gardefalviererschützenbrigade.

Die Gardefalviererschützenbrigade erklärt folgendes: „Vor allen Dingen sei gegenüber einem Artikel der „Freiheit“ und verschiedenen im Publikum herumlaufenden Gerüchten, die die Gardefalviererschützenbrigade als eine Art Weisse Garde bezeichnen, folgende festgestellt: „Die Gardefalviererschützenbrigade hat am 12. Dezember durch eine Entschliebung der Regierung ausdrücklich erklärt, als Regierungstruppe Verwendung zu finden. Außerdem hat sie sich gegen jede Gegenrevolution ausdrücklich erklärt. Besondere Offizierbataillone bestehen nicht, nur finden einzelne Offiziere in den Reihen der Mannschaften Verwendung als Mannschaften. Innerhalb der Verbände werden Verträge von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme des Spartakusbundes, gehalten. Eine politische Beeinflussung der Mannschaften geschieht in keiner Weise.“

Zum Fall Liebknecht ist folgendes zu bemerken: Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß Liebknecht von zwei Schüssen im Rücken getroffen worden ist. Der Fall ist juristisch einwandfrei geklärt, die Erschießung auf dem Luftverweh als zu Recht bestehend anzusehen. Am ein übriges zu tun, hat die Gardefalviererschützenbrigade den Volksbeauftragten erklärt, zu den Untersuchungen einen Vertreter der U. S. P. D. hinzuzuziehen, um jeden Verdacht zu beseitigen. Der einzige Vorwurf, der gegen die Division erhoben werden kann, ist der mangelnde Schutz im Falle Rosa Luxemburg. Diese Angelegenheit wird vom Kriegsgeschichtsrat der Division auf das Strengste untersucht, und der betreffende Offizier ist, wie bereits gemeldet, vom Dienst suspendiert worden.“

### Gegen die „unabhängige“ Hege.

Die P. R. schreiben: Die unabhängige Presse verlegt sich auf die geradezu wahnwitzige Behauptung, daß die Wachmannschaft Liebknechts beauftragt worden sei, ihn zu erschließen. Diese Darstellung trägt den Stempel der Tendenz allzu deutlich auf der Stirn. Sollten wir im schlimmsten Fall die Selbstmord infolge des unerwarteten Todes Liebknechts und seiner Anhängen überleben, so wäre es doch geradezu irrsinnig von irgendeinem verantwortlichen Menschen, den Befehl zur Tötung von gegenwärtig lebenden Menschen zu geben. Die Sache ist über die psychologische selbstverständliche Tatsache klar, daß die Soldaten in einem staatsanwaltschaftlichen Kreuzverhör unbedingt zusammenbrechen, wenn sie schuldig sind.

### Eine neue Spartakisten-Tragödie.

Vier Spandauer Führer auf der Flucht erschossen.

In der Nacht zu gestern hat sich im Tegeler Forst eine Spartakisten-Tragödie abgespielt. Am 10. Januar wurden in Spandau der Vorsitzende des Spandauer Arbeiter- und Soldatenrats v. Ljowitski und die Arbeiterräte Hermann Marcz, Jordan und W. L. verhaftet. Nachdem die vier Spartakisten bis Freitag im Spandauer Gefängnis in Haft gehalten worden waren, sollten sie in der Nacht zum Freitag nach dem Gefängnis in Tegel transportiert werden. Auf dem Wege durch den Tegeler Forst ergreifen die vier Spartakisten die Flucht. Als sie trotz wiederholter Haltens nicht stehen blieben, wurde die militärische Wachmannschaft von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurden alle vier Häftlinge erschossen.

Gestern vormittag erschien der Kommandeur des freiwilligen Landsturmkorps, General v. Merker, bei der Wache des Abwehrministeriums und verlangte von dem Führer der dort untergeordneten Wachabteilung der Volksmarine-division, daß diese das Gebäude alsbald räume, da das freiwillige Landsturmkorps den Befehl erhalten habe, den Schutz des Gebäudes an Stelle der Volksmarine-division zu übernehmen. Der Führer der Matrosen verlangte nun diesen schriftlichen Befehl zu sehen, worauf ihm von General v. Merker erwidert wurde, er habe diesen Befehl mündlich vom Ministerpräsidenten erhalten. Darauf lehnte der Wachhabende es ab, das Abgeordnetenhaus freiwillig zu räumen, wandle sich jedoch in dieser Angelegenheit sofort an den Zentralrat. Dieser setzte sich mit sämtlichen Ministern und Volksgenerat telefonisch in Verbindung, stellte jedoch fest, daß die Herren zurzeit nicht in Berlin anwesend sind, daß die Volksbeauftragten aber von diesem Befehl keine Kenntnis hatten. Daraufhin nahm der Zentralrat die Regelung der Angelegenheit mit dem Kommando des freiwilligen Landsturmkorps in die Hand, da er auf dem Standpunkt steht, daß die Wachabteilung der Volksmarine-division die ihr übertragenen Aufgabe, das Abgeordnetenhaus zu schützen, in einwandfreier Weise erfüllt. Wie das Mitglied des Zentralrates Copen-Kauf verriet, besteht die begründete Ansicht, daß die Verhandlungen eine gütliche Erledigung bringen werden.

Rezeptstoffe ohne Rezept. Mit dem 1. Februar fällt der Rezeptzwang für baumwollene Verbandstoffe weg. Von diesem Zeitpunkte an können sämtliche baumwollene Verbandstoffe ohne Beschränkung von Einzelpersonen, Einzelärzten und Unternehmungen gekauft werden.

## Das deutsche Friedensprogramm.

Die Aufgaben der Unterhändler.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat gelegentlich seiner letzten veröffentlichten Rede in Kassel bereits erwähnt, daß die deutsche Friedensdelegation von dem Staatssekretär Brockdorff-Rantzau und ihm selbst geführt werden würde. Neben der Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, sagt eine amtliche Veröffentlichung:

„Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Schranken des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich betreiben und dann jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen unserer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen, sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatskörper und Wirtschaftskörper gezogen sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Kampfmittel sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte soweit als möglich wiederhergestellt werden, es wird unverzüglich eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Frage des

### Arbeiterschutz und der Arbeiterversicherung

auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefaßten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werden. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzugeben und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Insbesondere hat Deutschland durch die Auslieferung der Waffenstillstandsbedingungen keine Abstrich im wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die Kriegsgesandten Deutschlands immer noch hinter Stacheln drückt lassen, während wir unsere Gesandten haben freigegeben müssen. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Selbsterhaltung aller gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiederherstellung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzustehen haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller der europäischen Kulturkreise betonen. Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker ebenso wohl zugunsten anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elbisch-lithuanische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Beschlüsse und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.“

In diesen Richtlinien ist klar die Basis angedeutet, auf der allein ein Frieden von Dauer zustande kommen kann.

### Es war einmal eine Republik...

Schnelles Ende der Luxhavener Herrlichkeit.

Hamburg, 17. Januar.

Wie die „Hamburger Nachrichten“ aus Cuxhaven melden, stand Donnerstag morgens 8 Uhr, nachdem von A- und S-Mat auf die gestellten Forderungen der Reichs-, Staats- und übrigen Beamten eine Antwort nicht eingegangen war, plötzlich der Verkehr des staatlichen Betriebes still. Auf die Einladung des Beamtenrats fand eine Versammlung von über 5000 Mann auf dem Marktplatz statt, wo mehrere Redner — auch Sozialdemokraten — sprachen. Ein Demonstrationzug zog nach der Kommandantur, deren Fenster mit Wasserschleudern, Gewehren und Handgranaten besetzt waren. Als gelang einer Kommission der Beamten, in das Gebäude zu kommen und mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln. Dieser gibt heute abend bekannt, daß der Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. Januar, der zur Erklärung der Republik Cuxhaven führte, rückgängig gemacht wird.

### Drohender Notstand im Ruhrrevier.

Ein neuer Protest des Bergbauvereins.

Essen, 17. Januar.

Der Bergbauverein in Essen hat an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: „Die letzten Tage führten uns Neuem in zahlreichen Fällen zu gewalttätiger Stillelegung von Hütten und zur Abschaffung Arbeitswilliger der Arbeit. Der größte Teil der Belegschaften sieht sich mit Entrüstung an der Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit verhindert. Die öffentlichen Gewalten vertragen vollkommen und fördern durch ihre verkehrte Politik die Sache der Unruhestifter. Der deutschen Volkswirtschaft geht die dringende notwendige Kohle und den Belegschaften der Verbrennungsmittel nicht verfahrenen Schichten verloren. Bei Fortdauer dieser Zustände muß im Revier ein bedenklicher Notstand eintreten. Wir bitten im Interesse der betroffenen Arbeitswilligen, von dort aus für Abhilfe und Wiedergutmachung der durch das Vergehen der Staatsgewalt eingetretenen Schäden zu sorgen.“

### Die Kattowitzer Einigungsverhandlungen gescheitert.

Weuthen, 17. Januar. (Privat.)

Die Einigungsverhandlungen in Kattowitz haben zu keinem Ziele geführt. Die Vertretung der Arbeitgeber, der Berg- und Güttenmännische Verein in Kattowitz lehnte heute in einer Sitzung die Forderungen der Bergarbeiter ab. Die ablehnende Stellung der Arbeitgeber wurde wie folgt begründet:

1. Die Forderung an sich ist in keiner Weise begründet. Mit Rücksicht darauf, daß einerseits in den letzten Monaten eine außerordentliche Steigerung der Lohnsätze eingetreten ist, während gleichzeitig die Leistungen einen bedeutenden Rückgang erfahren haben. 2. Die Forderungen sind nicht wirtschaftlich, sondern rein politischer und zwar großpolitischer und bolschewistischer Art. 3. Die Werke sind außerstande, die Forderungen zu erfüllen. 4. Der Vorbehalt des Volksbeauftragten Landsberg, eine einmalige Zulage erst dann nach einer bestimmten Zeit zu zahlen, und zwar erst dann, wenn innerhalb dieser Zeit die Produktion sich hebt, ist für die Gruben

und Gütten technisch undurchführbar. Auch fehlt der Vertragsgegner, der für die Erfüllung des Vertrages garantieren könnte. Ein Vertreter des Arbeiterrates teilte, daß die Weihnachtsgroßgratifikation von 800 Mark einen Gesamtbetrag von 200 Millionen ausmachen würde.

Seit 3 Uhr tagten nun mit dem Minister Hoeh in der Reichshalle in Kattowitz die Arbeiter und Gewerkschaften. Auch diese Versammlung verlief ergebnislos. Die Debatte bewegte sich in derselben stürmischen Form wie tags zuvor. Schließlich wurde, da die Versammlung kein Ergebnis zeitigen konnte, Schluß der Debatte beantragt, worauf die Regierungsvertreter den Saal verließen. Die Arbeiter blieben noch weiter sitzend. Somit können die Einigungsverhandlungen als gescheitert angesehen werden.

### Acht-hunderttausend in Not.

Die Unmenschlichkeit der Alliierten.

Die Letzte der feindlichen Kriegsgefangenen sind in diesen Tagen aus Deutschland abtransportiert worden. Von einer Rückkehr der acht-hunderttausend Deutschen, die in die Gefangenschaft der Entente gerieten, ist dagegen positiv noch nichts verlautet. Das ist bezeichnend für die Kriegsgedächtnisse unserer Feinde, die von uns auf allen Gebieten Unmögliches verlangen, selbst aber nicht einmal das erste Gebot der Menschlichkeit erfüllen. Die in Spaa befindliche „Unterkommission für Kriegsgefangene“ der Deutschen Waffenstillstandskommission gibt jetzt in einem längeren Bericht eine Schilderung der Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen, die in folgendem Appell ausklingt:

„Hier hilft nur eines: Der Zusammenbruch des ganzen Vorgesetzten, das sich ohne Parteihader in dieser Frage finden muß. Hier ist eines bitter not: Der Appell des ganzen Volkes an die gesamte Menschheit, um die furchtbare Grausamkeit des Verfahrens der Entente-Regierungen zu brandmarken. Ob reich, ob arm, ob niedrig, ob Freund oder Feind, in dieser Frage müssen sich alle Deutschen über die Missetaten der Parteihader hinaus die Hand reichen, nur ein Gebot muß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit befehlen: Die schnellste Herausgabe unserer Brüder, Söhne und Schwestern aus der Gewalt unserer Feinde.“

Massenversammlungen der Angehörigen müssen lauthin, was sich in der deutschen Volkseele abspielt. Die dort gefaßten Resolutionen müssen durch die Zeitungen aller Parteiverbindungen der ganzen Welt fundiert werden. Die Neutralität der Entente-Regierungen, insbesondere Amerikas, müssen durch Funktionäre aufgearbeitet werden.

Es gilt, das Gewissen der ganzen Welt zu wecken. Die Acht-hunderttausend dürfen nicht vergessen werden. Darum muß der vorstehende Appell mit aller Wärme an das deutsche Volk und an die gesamte Kulturwelt weitergegeben werden.

### Spartacus-Terror gegen die Demokratie.

Breslau, 17. Januar.

Heute mittag wurde das Wahlbureau der Deutschen demokratischen Partei in „Kriegers Hotel“ in der Königsstraße gestürmt und verwüstet, die Plakate, Wahlaufrufe und Stimmzettel auf die Straße geworfen und unter Schellen verbrannt.

Düsseldorf, 17. Januar.

In der vergangenen Nacht wurden die Zeitungen in Düsseldorf abermals gehindert, Morgenausgaben herzustellen. Bei der „Düsseldorfer Zeitung“ wurde ein Scheiterhaufen errichtet, auf dem sämtliche illustrierten Beilagen verbrannt wurden. Dann zog die Menge zum Parteibureau der Demokratischen Partei, das vollständig zerstört wurde. Auch hier wurden sämtliche Druckschriften verbrannt.

### Die Sozialisierung vorm Kabinett.

Das Kabinett trat gestern nachmittag mit der Sozialisationskommission zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Es nahmen daran u. a. auch der Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamtes, E. Bernstein, und Vertreter des Reichswirtschaftsankers teil. Die Konferenz hat die Aufgabe, die Methoden der Sozialisierung zu bestimmen und eine einheitlich geschlossene Politik für die nächste Sitzung vorzuschlagen.

### Standgericht in Warschau.

Ausnahmezustand für drei Monate.

Berlin, 17. Januar.

Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Warschau hat der polnische Ministerrat mit Rücksicht auf die sich mehrenden Unruhen und die verheerenden Attentate auf das Staatsoberhaupt und einzelne Mitglieder der Regierung beschlossen, in der Hauptstadt und in drei Kreisen Warschauer Ausnahmezustand für die Dauer von drei Monaten einzuführen. Gleichzeitig wurde das militärische Standgericht eingesetzt. Es sind Gerichte über bewaffnete Anschläge der Sozialisten und des Bundes einer radikalen jüdisch-sozialistischen Revolutionspartei im Umlauf.

### Neuer Bürgerkrieg in Portugal.

Amsterdam, 17. Januar.

Nach einer hier eingetroffenen „Times“-Meldung aus Madrid erzählen Personen, die über die portugiesische Grenze kamen, daß in ganz Portugal Bürgerkrieg herrscht. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Santarem ist in Händen der Revolutionäre, die unter dem Befehl des Artillerieoffiziers Jaime Figuerido stehen. Die bürgerliche Bevölkerung erhielt den Rat, die Stadt zu räumen. Die organisierende Seele der Bewegung ist offenbar die militärische Junta in Oporto, die wahrscheinlich von Bolschewisten unterstützt wird.

Vorläufige Einigung mit den Chorfängern der Nationaloper. Zum Streik der Chorfänger an der Nationaloper erfahren wir, daß die Verhandlungen, die gestern mit den Streikenden im Kultusministerium geführt wurden, zu einer vorläufigen Einigung geführt haben. Gestern abend konnte die angelegte Vorstellung der Oper „Martha“ stattfinden und an den nächsten Abenden werden ebenfalls im Opernhaus gespielt werden. Man ist den Forderungen der streikenden Chorfänger entgegen gekommen, und heute sollen sie einen definitiven Beschluß durch Kultusminister Gaenich erhalten.

Hierzu die Wochenbeilage:

Illustriertes Wochensblatt „U. L. K.“ Nr. 23. Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Marx, Chemnitz; für innere Politik: Paul Beller, Berlin; für Kommunal-, Groß-Berlin, Gerichts- und den Provinz-Teil: Heinrich Kasper, Chemnitz; für Feuilleton und „Ästhetische Unterhaltungsbeilage“: Georg Siegert, Chemnitz; für den „Inhaltsverzeichnis“: Paul Gröbe, Berlin-Wilmersdorf. Druck und Verlag: Rudolf Hoffe, Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

**Männliche Personen**

**Tücht. Modellbauer**  
Kunstliche Mäse und Modelle, G. m. H. S., Berlin SW. 48, Friedenstr. 10  
Stallmann, zuverlässig, verlangt 200, Kottbusstr. 86

**Fabrikwächter**  
Geht gesucht  
Friedrichstr. 125, Postz. 2, 1

**Arbeitsbürige**  
Geht Fabrikstraße 20, 10  
Friedrichstr. 125, Postz. 2, 1

**Junger Bote**  
von 17 Jahren, sehr fleißig,  
Kottbusstr. 125, Postz. 2, 1

**Dreitradfahrer**  
flüchtig, verlangt  
Friedrichstr. 125, Postz. 2, 1

**Medicin. Warenhaus**  
Kottbusstr. 86

**Radfahrer**  
Reisebekleidung  
Kottbusstr. 86

**Wächter**  
unbescholten, stellt sofort ein,  
Friedrichstr. 125, Postz. 2, 1

**Arbeiter**  
möglicherweise der Mutter- und  
Friedrichstr. 125, Postz. 2, 1

**Junge Burthen**  
aus der Schule entlassen, sofort  
Kottbusstr. 86

**Strassenhändler**  
zum Verkauf eines Kleinfur-  
Kottbusstr. 86

**Strassenhändler**  
Kotzen täglich 20-30 Mark  
Kottbusstr. 86

**Reiniger, verkehrs-**  
**wandiger**  
zum Verkauf von Privat-  
Kottbusstr. 86

**Portiers**  
Dauereinkommen  
Kottbusstr. 86

**Hausreinigung**  
zum 1. 2. Geht, 33, 1. lins.  
Kottbusstr. 86

**Portier, engl. Gärtn.**  
mit Zentralheizung, verlangt,  
Kottbusstr. 86

**Portierleute**  
für kleines Fabrikgrundstück  
Kottbusstr. 86

**Weibliche Personen**

**Kaufm. Personal**

**Expedientin**

**Gewerblich. Personal**

**Wäsche- u. Kleider-  
wäscherin**

**Schulentr. Mädchen**  
Hilfslehrerin, E. Reich,  
Kottbusstr. 86

**Perfekte Schneiderin**  
bei hohem Lohn, sucht, E. Reich,  
Kottbusstr. 86

**Perfekte Schneiderin**  
für Steindruck, E. Reich,  
Kottbusstr. 86

**Heimarbeiterinnen**  
Stepperin mit starker Masch.  
Kottbusstr. 86

**Schneider**

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und  
Wäsche- u. Kleiderwäscherinnen**  
Schmittstr. 37/38,  
Montag, den 20. Januar abends 7 Uhr, im  
Gewerkschaftssaal, Engelstr. 15, Saal 4

**Generalversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung der Betriebsverwaltung  
2. Wahl eines besondern Brandenleiters und 3. Total-  
angestellter.  
3. Die Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiterin-  
nen. Referent: Kollege Ernst Hilbert.  
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht,  
die Absenzen der Betriebsleitung (Vertrauensleute) dem Büro  
sofort zu übermitteln.

**Die Betriebsverwaltung.**

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Garne**  
Hilfshilfspreise für Garne,  
Kottbusstr. 86

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M. 24, 51 pr. Eitel,  
Tax- u. Löwenstein,  
Neue Köpenickerstr. 62/64.

**Ulster-Schneider**  
Ein- und zweifach, sofort, John M.

